

Pressemitteilung

Solidaritätszuschlag: Für alle abschaffen

Essen, 22.08.2019 – Das Bundeskabinett hat gestern dem Gesetzesentwurf des Bundesfinanzministeriums zur Rückführung des Solidaritätszuschlags 1995 zugestimmt und damit eine nur teilweise Abschaffung des Solidaritätszuschlags beschlossen.

Der Gesetzesentwurf sieht eine deutliche Anhebung der Freigrenzen für die Zahlung des Solidaritätszuschlags ab 2021 vor. Hierdurch sollen ca. 90 Prozent der bisherigen Zuschlagszahler gar keinen Solidaritätszuschlag mehr zahlen, Besserverdiener aber, je nach Einkommenshöhe, teilweise oder vollständig abgabepflichtig bleiben.

Grundsätzlich begrüßt der **DFK – Verband für Fach- und Führungskräfte** die Abschaffung des Solidaritätszuschlags, da diese sog. Ergänzungsabgabe sich zum einen politisch mit Auslaufen des Solidarpakts II Ende 2019 kaum mehr begründen lässt und zum anderen aktuell die überwiegenden Einnahmen daraus in den Bundeshaushalt fließen. Eine Abschaffung des Solidaritätsbeitrages wäre daher bereits ab dem Jahr 2020 zwingend notwendig und nicht erst im Jahr 2021, wie nun vorgesehen.

Kritisch und verfassungsrechtlich äußerst bedenklich sieht der DFK jedoch die Teilabschaffung und vorgenommene Differenzierung nach Einkommen und darin eine Ungleichbehandlung gemäß Artikel 3 des Grundgesetzes. Faktisch wird für die überwiegende Mehrheit der jetzigen Zahler der Solidaritätszuschlag komplett abgeschafft, demgegenüber sollen aber höhere Einkommen weiterhin belastet bleiben.

„Es dürfte für den Gesetzgeber sehr schwer zu erklären sein, weshalb eine politisch überholte Abgabe dennoch von Beziehern höherer Einkommen und vielen Unternehmen unbefristet weiter gezahlt werden soll. Dem stehen sowohl der entfallene Erhebungszweck des Solidaritätszuschlaggesetzes als auch eine eindeutige Ungleichbehandlung entgegen“, stellt DFK-Vorstandsvorsitzender und Rechtsanwalt Michael Krekels fest.

Aus Sicht des DFK wird kaum jemand Verständnis oder echte Vorteile durch das Gesetz haben, wenn der Gesetzgeber trotz im Vorfeld geäußerter verfassungsrechtlicher Bedenken ein Gesetz

Ansprechpartner für die Medien

DFK
Ralf T. Krüger
Kommunikation

Alfredstr. 77-79
45130 Essen

Telefon 0201/890 427-0
Telefax 0201/890 427-29

pressekontakte@dfk.eu
Internet: www.dfk.de

verabschiedet, das später gerichtlich für verfassungswidrig erklärt wird.

„Die Feststellung der Verfassungswidrigkeit hätte für unsere Bürgerinnen und Bürger und ihr Vertrauen in die Politik und die demokratische Legislative fatale Folgen“, warnt Krekels weiter.

Neben den verfassungsrechtlichen Bedenken sieht der DFK aber auch die Gefahr, dass mit dem Gesetz und der Differenzierung nach Einkommenshöhe hier Gesellschaftsunterschiede und Verteilungsdebatten geschürt werden.

Der DFK fordert daher die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags bereits für das Jahr 2020. Dies ist nicht nur sach- sondern auch interessengerecht.

Über den DFK – Verband für Fach- und Führungskräfte

Der DFK ist die branchenübergreifende Stimme der Fach- und Führungskräfte in Deutschland. Er vertritt in seinem Netzwerk bundesweit rund 20.000 Führungskräfte des mittleren und höheren Managements auf politischer und wirtschaftlicher Ebene. Kernthemen sind dabei Arbeitsrecht und Arbeitsmarktpolitik, Sozialrecht und Sozialpolitik, Steuer- und Bildungspolitik. Die Mitglieder des Berufsverbandes erhalten eine umfassende Unterstützung auf ihrem Karriereweg z.B. in Form von juristischer Beratung und Vertretung, vielfältigen Weiterbildungsangeboten und aktuellen Informationen aus dem Berufsleben. Zudem bietet der DFK über seine Regional- und Fachgruppen ein gut gepflegtes und weit verzweigtes Kontaktnetzwerk. Dazu laden eigene Strukturen, wie beispielsweise für den Führungsnachwuchs (Young Leaders), für Geschäftsführer oder ein eigenes Frauennetzwerk, zum Networking ein. Der Berufsverband ist in 20 Regionalgruppen gegliedert und hat seine Hauptgeschäftsstelle in Essen. Weitere Geschäftsstellen sind in Frankfurt, Hamburg, München und Stuttgart. In Berlin ist der Berufsverband mit einer Hauptstadt-Repräsentanz vertreten.

www.dfk.eu